

An das Stadtparlament

Winterthur

Beantwortung der Schriftlichen Anfrage betreffend prosperierendes Winterthur, eingereicht von den Stadtparlamentsmitgliedern A. Zuraikat (Die Mitte) und G. Porlezza (FDP)

Am 13. Mai 2024 reichten Stadtparlamentarier André Zuraikat (Die Mitte) und Stadtparlamentarin Gioia Porlezza (FDP) folgende Schriftliche Anfrage ein:

«Jedes Jahr legt der Stadtrat in der Budgetweisung dar, wie die drei Bereiche Bildung, Soziales und Pflegefinanzierung die städtischen Finanzen vor grossen Herausforderungen stellen. Allerdings legt er nie dar, wie er diese finanziellen Herausforderungen angehen möchte. Da diese Kostenblöcke sich mit dem bevorstehenden Bevölkerungswachstum nicht reduzieren werden, ist eine Strategie nötig, um zumindest auf der Einnahmenseite Massnahmen zu erarbeiten. Dabei soll allerdings auf Steuer- und Gebührenerhöhungen verzichtet werden, damit die Winterthurer Bevölkerung nicht noch mehr finanziell belastet wird.

Gemäss dem kommunalen Richtplan, sollen bis im Jahr 2030 40'000 neue Arbeitsplätze in der Region Winterthur angesiedelt werden.¹ Jedoch wird leider nicht darauf eingegangen, wie dieses Ziel erreicht werden soll.

Die Attraktivität einer Grossstadt wie Winterthur hängt ab von einer dynamischen Wirtschaft, Rechtssicherheit, einer exzellenten Bildungs- und Forschungslandschaft, zukunftsfähigen Mobilitätssystemen und einem attraktiven Lebensumfeld mit hoher Lebensqualität. Winterthur kann in all diesen Bereichen punkten.

Der Stadtrat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

- *Wie steht der Stadtrat dazu, einen Strategiebericht zu verfassen und vorzustellen, wie die 40'000 neuen Arbeitsplätze in der Region Winterthur entstehen sollen?*
- *Mit welchen positiven Gebühren- und Steuereffekten rechnet der Stadtrat, falls bis 2030 tatsächlich die genannten Arbeitsplätze geschaffen werden können?*
- *Welche weiteren Massnahmen/Möglichkeiten sieht der Stadtrat auf der Einnahmenseite, um die Ertragslage zu verbessern – ohne dabei Steuer- und Gebührenerhöhungen vorzunehmen?*
- *Wie können aus Sicht des Stadtrats steuerkräftige natürliche und juristische Personen für unser «Prosperierendes Winterthur» gewonnen und auch gehalten werden?»*

Der Stadtrat erteilt folgende Antwort:

Winterthur zeichnet sich durch eine vielfältige Wirtschaft aus, die sowohl von traditionellen Industrien als auch von innovativen Technologie- und Dienstleistungsunternehmen geprägt ist. In Winterthur sind rund 7'590 Unternehmen ansässig, die 75'220 Personen beschäftigen. Etwa 97 % der Unternehmen sind KMUs, welche 51 % der Arbeitsplätze stellen. Besonders stark ist Winterthur in den Bereichen Maschinenbau, Elektrotechnik, Digitalisierung und Grüne Technologien, die eine solide Grundlage für die Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandorts bieten. Grossbetriebe und einige der in Winterthur ansässigen KMUs sind Weltführer in zukunftssträchtigen Technologien.

Zwischen 2011 und 2021 stieg die Anzahl Beschäftigter jährlich um 1,13 %, während die Bevölkerung jährlich um 1,10 % wuchs. Viele neue Stellen entstanden in den staatsnahen Sektoren

Gesundheit, Soziales sowie Erziehung und Unterricht, während die Privatwirtschaft und insbesondere das produzierende Gewerbe Arbeitsplätze verlor. Gewerbe- und Industrieunternehmen sind jedoch essenziell für die städtische Wertschöpfung und tragen zudem oft zur lokalen kulturellen und sozialen Entwicklung bei. Es gilt, ihnen Sorge zu tragen und sie in ihrer Entwicklung zu unterstützen.

Die Beschäftigtendichte (Verhältnis zwischen Anzahl Arbeitsplätzen und Anzahl Einwohnenden) in Winterthur beträgt 0,64 und stagniert seit etwa 10 Jahren. Eine höhere Beschäftigtendichte bringt in der Regel wirtschaftliches Wachstum, höhere Steuereinnahmen und bessere Fachkräfteverfügbarkeit mit sich. Die Beschäftigtendichte kann durch Wachstum von bereits ansässigen oder durch die Ansiedlung neuer Unternehmen erhöht werden.

2023 betrug der Steuerertrag von juristischen Personen in Winterthur rund 56 Mio. Franken (11 % des Gesamtsteuerertrags) und 2022 rund 82 Mio. Franken (17 % des Gesamtsteuerertrags). Diese Einnahmen sind stark schwankend und von wenigen grossen Steuerzahlenden abhängig. Eine breit diversifizierte Unternehmenslandschaft in wertschöpfungsintensiven Branchen kann die finanzielle Resilienz der Stadt stärken.

Viele ansässige Unternehmen und Arbeitnehmende identifizieren sich stark mit dem Standort Winterthur. Tatsächlich verfügt die Stadt über verschiedene Standortfaktoren, welche die wirtschaftliche Weiterentwicklung begünstigen. Die Unternehmens- und Innovationsdichte im Technologiebereich ist hoch. Mit der ZHAW als praxisnahem Forschungszentrum und nationaler Talentschmiede können Wissen und Fachkräfte wertschöpfend mit Unternehmen vernetzt werden. Die regionale und internationale Verkehrsanbindung ermöglicht es Winterthur, produzierendes Gewerbe und Pendler:innen anzuziehen. Zudem sind die hohe Lebensqualität und Nähe zum Standort Zürich für hochqualifizierte Fachkräfte attraktiv. Aufbauend auf diesen Faktoren lässt sich der Standort organisch weiterentwickeln.

Der Stadtrat hat das Standortmarketing in einer Leistungsvereinbarung an den Verein House of Winterthur ausgelagert und finanziert dieses mit Betriebsbeiträgen von jährlich 860'000 Franken. Die aktuelle Leistungsvereinbarung läuft noch bis Ende 2025. House of Winterthur betreibt mit den Schwerpunkten Kultur, Bildung, Wirtschaft und Tourismus Werbung für die ganze Region Winterthur. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Stadt als Wirtschafts- und Bildungsstandort. So soll sich House of Winterthur im Bereich der Wirtschaftsförderung für die Profilierung des Standortes einsetzen und das Wachstumspotenzial ansässiger Unternehmen fördern. Zur Unterstützung des Bildungsstandorts sollen zudem der Innovations- und Wissenstransfer und die Vernetzung zwischen Wirtschaft und Bildungsinstitutionen intensiviert werden. Ebenfalls ins Aufgabenportfolio gehören Dienstleistungen im Destinations- und Kulturmarketing.

Eine durchdachte und aktive Wirtschaftspolitik ist wichtig für die langfristige Entwicklung und das Wohlergehen der Stadt. Sie unterstützt Unternehmen und schafft somit indirekt Arbeitsplätze und Investitionsmöglichkeiten. Weiter trägt sie zur Diversifikation von Einnahmen und damit der finanziellen Stabilität des Gemeinwesens bei, welche ihrerseits die Finanzierung eines breiten Angebots an öffentlichen Leistungen ermöglichen. Eine umfassende Wirtschaftspolitik stärkt zudem eine breit diversifizierte Unternehmenspopulation, welche die Bevölkerung mit vielfältigen Dienstleistungen versorgt und attraktive Beschäftigungsmöglichkeiten schafft. Aufgrund der grossen Bedeutung für das Wohlergehen der Bevölkerung und der Unternehmen hat der Stadtrat die Wirtschaftspolitik zu einer seiner zehn Kernstrategien erklärt (SR.23.468-1). Sie soll in diesem und im kommenden Jahr einer umfassenden Überprüfung unterzogen werden.

Zu den einzelnen Fragen:

Zur Frage 1:

«Wie steht der Stadtrat dazu, einen Strategiebericht zu verfassen und vorzustellen, wie die 40'000 neuen Arbeitsplätze in der Region Winterthur entstehen sollen?»

Einleitend ist festzuhalten, dass der in der Anfrage erwähnte kommunale Richtplan ein Instrument ist, welches in raumplanerischer Hinsicht die strategischen Ziele und räumlichen Rahmenbedingungen festhält, damit die Ansiedlung von Arbeitsplätzen ermöglicht werden kann. Er bildet damit nur – aber immerhin – einen Teilbereich der Bestrebungen für eine prosperierende Wirtschaft ab. Er formuliert keine wirtschaftspolitischen, sondern raumplanerische Ziele.

Die bisherige Wirtschaftspolitik 2008 der Stadt Winterthur ist veraltet. Der Stadtrat hat deshalb intern deren Überprüfung in Auftrag gegeben. In diesem Rahmen sollen im Kontext der aktuellen Rahmenbedingungen und mit Blick auf die Zukunft die inhaltlichen Stossrichtungen einer künftigen städtischen Wirtschaftspolitik formuliert, Handlungsfelder abgeleitet sowie eine Roadmap zu deren Umsetzung entwickelt werden. Entstehen soll eine Wirtschaftspolitik, welche – aufbauend auf den Bedürfnissen der Unternehmen – einen ganzheitlichen Ansatz verfolgt, Umsetzungsmassnahmen koordiniert angeht und dabei Kräfte bündelt. Damit wird die neue Wirtschaftspolitik aus Sicht des Stadtrates aufzeigen, welche Rahmenbedingungen die Stadt zur Unterstützung der lokalen Wirtschaft angehen kann, um damit zugleich auch nachhaltige Entwicklung und die Lebensqualität in Winterthur zu stärken. Die wirtschaftspolitischen Ziele Winterthurs können allerdings nicht allein von der Stadt erreicht werden, sondern erfordern die aktive Mitwirkung und Zusammenarbeit aller relevanten Stakeholder, insbesondere von Unternehmen, Bildungseinrichtungen und Wirtschaftsverbänden.

Zur Frage 2:

«Mit welchen positiven Gebühren- und Steuereffekten rechnet der Stadtrat, falls bis 2030 tatsächlich die genannten Arbeitsplätze geschaffen werden können?»

Der Stadtrat sieht keine Möglichkeit, genaue Gebühren- und Steuereffekte im Voraus zu berechnen, da diese von zahlreichen variablen Faktoren abhängen. Die Schaffung von Arbeitsplätzen kann grundsätzlich positive Effekte auf die Steuererträge haben, jedoch sind diese Effekte aufgrund wirtschaftlicher Schwankungen und der Abhängigkeit von einzelnen grossen Steuerzahlenden schwer vorherzusagen. Dabei ist zu beachten, dass die Mechanismen des Finanzausgleichs dazu führen, dass bedeutende Teile der positiven Steuereffekte auf der Einnahmeseite wieder via Mindereinnahmen im Ressourcenausgleich kompensiert werden.

Zur Frage 3:

«Welche weiteren Massnahmen/Möglichkeiten sieht der Stadtrat auf der Einnahmeseite, um die Ertragslage zu verbessern – ohne dabei Steuer- und Gebührenerhöhungen vorzunehmen?»

Es gibt verschiedene denkbare Möglichkeiten für Städte, ihre Ertragslage (indirekt) zu steigern, ohne Steuern oder Gebühren zu erhöhen. So können Städte durch attraktive Rahmenbedingungen, raumplanerische Massnahmen, Verbesserung der Infrastruktur und schlanke Verwaltungsprozesse bereits ansässigen Unternehmen Wachstum ermöglichen und die Ansiedlung neuer Unternehmen begünstigen. Dabei kann die Diversifizierung der Unternehmenslandschaft und die Förderung wertschöpfungsintensiver Branchen eine wichtige Rolle spielen. Die Kooperation mit Hochschulen zur Förderung von Innovationsprojekten und die Unterstützung von Innovations-

und Technologiezentren können das wirtschaftliche Wachstum ebenfalls begünstigen. Wo sachgerecht und betrieblich sinnvoll und unter sorgfältiger Berücksichtigung aller Chancen und Risiken, sind allenfalls auch öffentlich-private Partnerschaften (PPP) denkbar, um Projekte oder Dienstleistungen der öffentlichen Hand durch private Investitionen zu finanzieren. Alle Massnahmen erfordern allerdings eine sorgfältige Abstimmung und Planung sowie langfristige Investitionen, um nachhaltig Ergebnisse zu erzielen.

Zur Frage 4:

«Wie können aus Sicht des Stadtrats steuerkräftige natürliche und juristische Personen für unser «Prosperierendes Winterthur» gewonnen und auch gehalten werden?»

Winterthur zeichnet sich durch eine hohe Lebensqualität, exzellente Bildungseinrichtungen und eine innovative Wirtschaft aus. Eine kontinuierliche Verbesserung der Standortattraktivität durch gezielte Massnahmen in den Bereichen Infrastruktur, Mobilität und Wohnraum trägt dazu bei, steuerkräftige Personen und Unternehmen langfristig zu binden. In der Standortförderung will die Stadt in Zukunft verstärkt auf Bestandespflege und einen effektiven Ansiedlungsprozess setzen, um Unternehmen nach Winterthur zu holen und in Winterthur zu halten. Die Zusammenarbeit mit der Standortmarketingorganisation House of Winterthur, dem Kanton Zürich und den Wirtschaftsverbänden unterstützt diese Bemühungen.

Vor dem Stadtrat

Der Stadtpräsident:

M. Künzle

Der Stadtschreiber:

A. Simon